

Begrüßung

Prof. Dennis Snower, Präsident des IfW

In seiner Begrüßung hob Prof. Snower hervor, dass ein erfolgreiches globales Handeln und damit ein Gegensteuern gegen die globalen Krisen nur mit der Schaffung einer internationalen Identität zu erreichen ist. Kooperationen stehen dabei ebenso ganz oben auf der Tagesordnung wie die Schaffung anderer Motivationen, über wirtschaftliche Anreize hinaus.

Ralf Fücks, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung

In seiner Ansprache betonte Ralf Fücks, die Bedeutung des regionalen Fokus auf globale Herausforderungen, der mit dieser Konferenz gestärkt werden soll. Er warnte davor, dass wir (Europa, USA, Japan) das Monopol auf Innovationen verlieren und machte deutlich, dass wir in eine neue Phase der industriellen Revolution übergehen, die der Effizienzrevolution und der postfossilen Industrie. Die Herausforderungen des Klimawandels, der ökologischen Krise, der Ernährungsfrage und der Ressourcenknappheit (insbesondere Wasser und Böden) sind nur dadurch zu lösen.

Keynote

Yvo de Boer, KPMG – globales Team für Nachhaltigkeitsfragen

Nach Auffassung von Yvo de Boer, als ehemaligem Leiter des UN-Klimasekretariats sind globale Vereinbarungen nur dann zu erzielen, wenn man die gemeinsamen, zugrundeliegenden Anliegen (underlying interests) hervorhebt und nicht einzelne Handlungspositionen.

Aufgrund von umweltpolitischen und gesellschaftlichen Umbrüchen stehen die Unternehmen vor ungewissen Anforderungen aber auch Möglichkeiten. Ihr Motto sollte von daher lauten „Erwarte das Unerwartete“.

Die aktuellen 10 Großaufgaben (Klima, Bevölkerungswachstum, Wasserknappheit, Nahrungsknappheit, etc.) können nicht isoliert voneinander gelöst werden. Aus diesem Grund müssen auch die Ministerien und Abteilungen auf jeglichen Regierungsebenen ganzheitlich zusammenarbeiten. Darüber hinaus bedarf es der Kooperation mit der Wirtschaft, den Bürgern und dem Bildungssektor, um möglichst schnell und durchdringend zu agieren.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass der Klimawandel kein greifbares Bedrohungspotential darstellt und deshalb die Menschen nur schwer zu erreichen sind. Um die Handlungserfordernisse und –möglichkeiten in die erforderliche Breite zu tragen, ist deshalb ein gezieltes Marketing der Erfolgsfaktor.

Kontroverse

"Ökologische Transformation und Energiewende als Wirtschaftspolitik: Gestaltungsspielräume der Länder"

Podium:

Dr. Robert Habeck, Energiewendeminister Schleswig-Holstein

Dr. Sonja Peterson, Wissenschaftliche Geschäftsführung des IfW

Dr. Bernd Bösche, Geschäftsführer Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH

Moderation:

Dirk Scheelje, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

In der Debatte über die Umsetzung der Energiewende werden in der Theorie insbesondere ökonomische Widersprüche aufgezeigt, die in der Umsetzung jedoch kein reelles Problem darstellen. Das zeigt sich in Schleswig-Holstein besonders deutlich, hier ist die Energiewende bereits ein starker Wachstumsmotor – 1,1 Mrd Euro aus der EEG-Umlage fließen jährlich ins Land. Jedes Bundesland möchte derzeit zu den zukünftigen Energieexporteuren zählen, was jedoch ökonomisch nicht effizient ist. Stattdessen müssen sich die Bundesländer damit arrangieren, dass diejenigen Länder wie z.B. Schleswig-Holstein, in denen die Kapazitäten und die Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden sind, langfristig gesehen diese Rolle einnehmen werden. Insgesamt hat Deutschland eine Vorreiterrolle – die Welt schaut auf uns. Dies eröffnet uns die Möglichkeit vom Export unserer „Lernkurve“ zu profitieren.

Um die Energiewende in der Region auszubauen, ist es notwendig, dass Anreizsysteme und Rahmenbedingungen verlässlich bestehen und innovative Unternehmen angesiedelt bzw. gegründet werden. Es müssen positive Beispiele geschaffen und kommuniziert werden, um andere Unternehmen und auch die Bevölkerung zu motivieren, aktiv an der Energiewende mitzuwirken – es geht nur mit den Menschen vor Ort.

Die Frage nach Wohlstand darf nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche Kriterien gestellt werden, sondern sollte ganzheitlich betrachtet werden. Das IfW hat diesbezüglich Nachhaltigkeitsindikatoren für Städte entwickelt

http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/politikberatung/kiel-policy-brief/KPB_50.pdf .

Nachhaltiges Wirtschaften umfasst die ökologische Situation genauso wie soziale Faktoren, z.B. Arbeits- sowie Bildungsmöglichkeiten und die ökonomische Zukunftsfähigkeit. So ist von zentraler Bedeutung, dass die Nutzung begrenzter Ressourcen auch den künftigen Generationen ermöglicht wird.

Der Gesellschaft muss besser vermittelt werden, dass der Umstieg auf Erneuerbare Energien einen Strukturwandel im Bereich der Energieversorgung - weg von großen Konzernstrukturen hin zu regionalen Strukturen - bedeutet, die mittelständisch geprägt sind und vermehrt eine bürgerschaftliche Beteiligung bereithalten (Demokratisierung der Energieversorgung). Dies eröffnet neue Möglichkeiten und Impulse für die regionale Wirtschaft, solange die Rahmenbedingungen insbesondere durch das Energiewirtschafts- und Energieeinspeisegesetz des Bundes entsprechend gegeben sind.

Derzeit wird dieser Wandel eher mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen verbunden (beim Ersatz von Kohle- gegen Gaskraftwerken, Heizungsbauer gegen Wärmenetze, etc.) als mit Chancen, obwohl in Schleswig-Holstein 14.000 Arbeitsplätze in der Branche der erneuerbaren Energien bestehen. So

kann sich Schleswig-Holstein insbesondere bei der Ausbildung von Fachkräften zur Planung, Errichtung und Wartung von On-Shore-Windkraftanlagen hervortun. Diese sind darüber hinaus, im Gegensatz zu Off-Shore-Anlagen, Preissenker in der EEG-Umlage.

Zugleich ist eine gesellschaftspolitische Diskussion erforderlich, welchen Wert die Energiewende hat. Dagegen sind die technologischen Herausforderungen eher zu bewältigen. Die Bedeutung der Wertediskussion von Energie und Energiewende zeigt sich unter anderem in der Schwierigkeit, Energieeffizienz und Energieeinsparung in der Breite umzusetzen, obwohl alle grundsätzlich dafür sind. Wirtschaftliche Anreize sind dafür nicht ausreichend, ordnungsrechtliche Verpflichtungen können das Gegenteil bewirken. Es ist wichtig, das menschliche Verhalten zu berücksichtigen: die Bequemlichkeit, an alten Strukturen festzuhalten. Psychologische Anreize über die Vermittlung von „Genuss“ statt Verzicht sowie die Etablierung von Kümmerern sind zielführende Wege. Die Ebene der Regionen wird hierfür als gute Dimension angesehen, da hier über den Mittelstand zudem eine gute Motivation der Wirtschaft zu erzielen ist.

Aus dem Plenum heraus wird der Vorschlag eingebracht, einen Grünen Wirtschaftsrat als Interessensvertreter in Leben zu rufen.